

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

17.6.1931 (No. 138)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshaus
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einjähr. 25 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenschein gilt und befristet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei längerer Abwesenheit, stromweiser Verteilung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu freierwilliger Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Der Reichskanzler setzt sich durch

Wenn alle Reichskanzler, die wir seit der Revolution in Deutschland gehabt haben, mit derselben ruhigen Entscheidung operiert hätten, wie Dr. Brüning das in den letzten Tagen getan hat, dann hätten vielleicht auch sie den Erfolg auf ihrer Seite gehabt, und so manche Erschütterung wäre uns erspart geblieben.

Der Reichskanzler hatte sich von vornherein mit der Notverordnung identifiziert und nur solche Abänderungsvorschläge als diskutabel bezeichnet, die sich ganz offenkundig als Verbesserungsvorschläge erweisen, das finanzielle Gesamtergebnis der Notverordnung nicht in Frage stellen und von der Mehrheit des Parlaments gewünscht werden. Zugeständnisse anderer Art hat Dr. Brüning von Anfang an abgelehnt.

Und er ist bei seinem Standpunkt geblieben. Geblieben, obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern drauß und dranhin war, durch einen Antrag auf Überweisung der Notverordnung an den Haushaltsausschuß das Kabinett zu stürzen. Denn auch von einer solchen Haushaltsberatung wollte der Kanzler nichts wissen. Würde der Ältestenrat gestern eine solche Überweisung der Notverordnung an den Haushaltsausschuß beschlossen haben, wäre Dr. Brüning mit seinem Kabinett zurückgetreten.

Als sich die Sozialdemokratische Fraktion von der Unerschütterlichkeit des Kanzlerwillens überzeugt hatte, blieb ihr nur die Wahl übrig zwischen zwei Möglichkeiten, entweder im Ältestenrat die Überweisung an den Haushaltsausschuß durchzuführen und damit die Krise heraufzubefördern oder auf jenen Antrag zu verzichten und den Rückzug anzutreten. Die Fraktion hat sich im Laufe des gestrigen Nachmittags für die zweite Möglichkeit entschieden.

Gewiß hat ihr der Reichskanzler den Rückzug durch einige Zusicherungen erleichtert. Aber auch diese Zusicherungen gehen, wenn man sie genau bezieht, über die Linie dessen, was sich der Kanzler von vornherein vorgenommen hatte, nicht hinaus. Immer wieder wird eine jede Zusicherung abhängig gemacht von dem finanziellen Ergebnis. Und, wenn dieses Ergebnis bedroht erscheint, kann die Zusicherung eben nicht verwirklicht werden. Auch, was die Haushaltsausschußberatung betrifft, hat der Kanzler lediglich zugesichert, daß „im gegebenen Zeitpunkt“ der Haushaltsausschuß einberufen werden solle. Aber an der Notverordnung selbst darf nicht gerüttelt werden. Sie erlangt am 1. Juli Gesetzeskraft. Praktisch könnte also überhaupt erst im Oktober eine Änderung durch den Haushaltsausschuß in die Wege geleitet werden, da der Reichskanzler nach wie vor eine frühzeitige Einberufung des Reichstages nicht wünscht. Daß es aber im Oktober, nachdem sich die Notverordnung bereits ein Vierteljahr lang eingepiegt hat, möglich sein könnte, noch große Änderungen anzubringen, das glaubt gewiß niemand. Ganz abgesehen davon, daß uns in den nächsten Monaten das Problem der Revision des Youngplans beschäftigt wird, und im Oktober selbst wohl wieder ganz neue Probleme schwierigster Art zur Debatte stehen werden.

Der sozialdemokratische Vorwärts“ in Berlin bezeichnet denn auch selber den Erfolg der Fraktion im Kampf um die Notverordnung als „recht bescheiden“. Und so ist es auch. Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Taktik indessen das eine erreicht, daß die Kabinettskrise vermieden wurde. Ihr Umfall ist sonach politisch durchaus begründet. Ob er dem Ansehen des Parlamentarismus in Deutschland dienlich war, ist eine andere Frage. Und ebenso zweifelhaft ist es, ob dieser Umfall der Opposition innerhalb der Wählerschaft zugunsten wird.

Das gleiche gilt natürlich auch für die Deutsche Volkspartei. Auch sie ist umgefallen. Erst hat sie die Einberufung des Reichstages und die Umbildung des ganzen Kabinetts gefordert. Dann ist sie umgeschwenkt und hat gegen die Einberufung des Reichstages gestimmt. Für das Ansehen des Parlamentarismus und für die Interessen der Partei selbst wäre es sicherlich besser gewesen, wenn die Fraktion sich ihre Schritte vorher reiflich überlegt hätte. Jedenfalls hat der Reichskanzler mit seiner Politik der Entschlossenheit und ruhigen Bähigkeit einen großen Erfolg errungen. Und sicherlich wird dieser Erfolg dazu beitragen, die schwierige Situation zu klären, den Kredit Deutschlands von neuem zu fundamentieren und vermittels der Notverordnung den öffentlichen Finanzhaushalt des Reiches in Ordnung zu bringen. Daß damit keines-

Letzte Nachrichten

Die Kriegsschuldenfrage Einleiten Hoovers?

W.B. London, 17. Juni. (Tel.) Zur Ankunft des amerikanischen Staatskanzlers Mellon in England schreibt „Daily Herald“, daß Mellon trotz garantierter Versicherungen gekommen sei, um die finanzielle Lage Europas zu prüfen. Ihm auf den Fersen folge Stimson. Sie kommen deshalb, so heißt es in Feldbrud, weil Hoover fest überzeugt ist, daß etwas in der Frage der Kriegsschulden unternommen werden müsse, wenn ein für Amerika verhängnisvoller Zusammenbruch vermieden werden solle. Der Präsident ist stark beunruhigt und trägt sich jetzt mit dem Gedanken einer zweijährigen Suspendierung aller Reparationen und Kriegsschulden.

W.B. New York, 17. Juni. (Tel.) Die diesigen Morgenblätter geben in ihren Leitartikeln ein Gefühl der Erleichterung über die Beilegung der deutschen und englischen Kabinettskrisen Ausdruck. „New York Times“ bemerkt, es sei Grund zur Annahme vorhanden, daß auch die Finanzkrise in Deutschland bald wieder behoben sein werde. „Herald Tribune“ meint, daß die Brüning-Regierung bisher wohl besser Deutschlands Interessen gebietet hätte, als dies einer Mehrheitsregierung möglich gewesen wäre.

Arbeitslosenausweisungen in Polen

W.B. Lemberg, 17. Juni. (Tel.) Gestern fanden in Boris-lau große Demonstrationen der Arbeitslosen statt. Bäder- und Metzgereien wurden geplündert und geplündert. Die Polizei verhaftete einige Mädelkinder. Die Menge machte Miene, diese zu befreien. Da die Polizei nicht ausreichte, wurde die Feuerwehrgesellschaft mit deren Hilfe es gelang, die Menge zu zerstreuen. Die polnische Presse berichtet, die Polizei habe festgestellt, daß die Überfälle auf die Lebensmittelgeschäfte, die seit einigen Tagen vorkamen, von den Kommunisten planmäßig ausgeführt werden.

Der „Schienenzeppelin“

W.B. Berlin, 17. Juni (Priv. Tel.). Der unter dem Namen „Schienenzeppelin“ bekannte Propellerwagen, der bereits im vergangenen Herbst auf der Strecke Hannover—Celle ausprobiert worden ist, wird in der Nacht vom Samstag zum Sonntag auf der Strecke Altona—Berlin eine neue Probefahrt unternehmen, bei der es im Wesentlichen darauf ankommt, die Eignung des Wagens für das Durchfahren von einer kurvenreichen Strecke zu erproben. Für die Dauer der Fahrt, die bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 bis 220 Kilometer auf einer Dauer von 1½ bis 2 Stunden berechnet ist, wird die ganze Strecke für jeden Eisenbahnverkehr gesperrt werden. Sämtliche Übergänge werden nur wechselseitig für den Durchgangverkehr geöffnet.

503 Todeopfer des Untergangs des „St. Philibert“

W.B. Paris, 17. Juni. (Tel.) Die bisher veröffentlichten drei Listen der Opfer der Schiffskatastrophe bringen 503 Namen. Am Strande werden ständig allerlei Gegenstände, die den Opfern der Katastrophe gehören, angetrieben, so Damenhandtaschen, Kragen, Schuhe, Kinderwagen u. a. Heute früh wurden die Baggagearbeiten aufgenommen, um die genaue Lage des Schiffswracks festzustellen und die Fahrtrinne wieder freizumachen. In dem Kumpf des untergegangenen Schiffes sollen sich noch etwa 200 Leichen befinden.

Die Arbeitszeitregelung im Kohlenbergbau

Die Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat in erster Lesung über den Entwurf einer Konvention über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau abgestimmt. Das Abkommen wurde mit einer Mehrheit von 67 gegen 16 Stimmen angenommen. Die deutschen Regierungsvollstrecker haben für, der deutsche Arbeitgebervertreter Kommerzienrat Vogel, gegen das Abkommen gestimmt. Die entscheidende Schlussabstimmung, bei der zur Annahme des Abkommens eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, wird erst am Montag erfolgen. Die endgültige Annahme der Konvention scheint gesichert.

Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau am 20. Juni. Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau sind durch den Schlichter auf Samstag, den 20. Juni, vormittags 10 Uhr, im Verwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbandes in Essen angefangen worden.

Internationaler Baumwollkongress. Vom 23. bis 27. Juni tritt in Paris der 15. internationale Baumwollkongress zusammen, auf dem 21 Nationen, darunter auch Deutschland, vertreten sein werden.

wegs alle Sorgen verschwunden sind, weiß der Reichskanzler selbst am allerbesten. Wir leben in einer Zeit von unsagbarer Schwere. Und es gehört viel Mut und viel Seelenstärke dazu, um an der Rettung nicht zu verzweifeln.

*Das Heil der Wirtschaft

II. (Schluß)

In der Generalversammlung der Badenia, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei in Karlsruhe (Verlag des „Badischen Beobachters“) hat der Aufsichtsratsvorsitzende, Fabrikant Theodor Herbstreit (Forzheim), Ausführungen gemacht, die in den entscheidenden Punkten mit den gestern hier zitierten Auffassungen übereinstimmen, nur mit dem einen Unterschied, daß er die Bedeutung der mittleren und kleineren Unternehmer noch stärker unterstreicht.

Wir wollen die wichtigsten Stellen aus der Rede Herbstreits hier wiedergeben; sie lauten folgendermaßen:

„Not ist in allen Ständen. Die betrübendste Not ist, daß der selbständige Unternehmer — mag er Handwerker, kleiner, mittlerer oder größerer Unternehmer sein — genau wie der auf seiner Scholle verankerte kleine und mittlere Bauernstand — immer tiefer in Verfall gerät. Man hat diese lebendigen Kräfte der deutschen Volkswirtschaft langsam abgewürgt zugunsten der öffentlichen Hand durch eine einseitige und wankende Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch eine das Privateigentum zerstörende und die Unternehmungslust hemmende Steuerpolitik, so daß wir heute 5 Millionen Arbeitslose mit ihren Familien auf der Straße haben und ein Ende zunächst gar nicht abzusehen ist...“

Man sage nicht, die Weltwirtschaftskrise sei an dem jetzigen Abend allein Schuld. Das ist ein Trugschluss. Damit will man politische Unzulänglichkeiten der letzten Jahre zudecken... Zwangswirtschaft und Bürokratie haben das Übrige getan, um die Bewegungsfreiheit wertvoller Teile des deutschen Volkes zu unterbinden und abzutöten. Wie sollen selbständige Betriebe noch für die Dauer durchgehalten oder kapitalkräftig erhalten bleiben, wenn sie durchschnittlich 10—20 mal so viel Steuern und Abgaben mehr zu bezahlen haben im Jahre als vor dem Kriege. Woher soll denn die Konkurrenzfähigkeit kommen? Wo ist das Ethos der Arbeit? Wo der Erfolg, wenn eine ökonomische Produktion und ein Ringen um unsere Absatzverhältnisse schon im Innern zur Unmöglichkeit gemacht wird? ...“

Wir müssen uns wirtschaftlich zunächst selber helfen durch eine rücksichtslose Verabfolgung der wirtschaftsfeindlichen Belastungen, welche wir im Innern haben. Wir brauchen billiges Brot, billiges Fleisch, billige Kleidung, aber keinen Berliner Schund für den deutschen Arbeiter. Wir brauchen ein ebenso rücksichtsloses Vorgehen gegen die ungerechten Preisbildungen der Trusts und Kartelle, zu denen die ganze Zwangswirtschaft gehört.

Auch der Arbeiter muß leben und soll seinen Familienstand schützen können. Aber ist es nicht vernünftiger, bei einem bescheidenen Einkommen eine dauernde Beschäftigung zu haben als bei hohen Tariflöhnen mit der Familie zu dahren und dem Staat zur Last fallen?

Wie sieht es denn bei den anderen Ständen aus? Wie tief ist u. a. die Moral heute im Geschäftsleben gesunken! Ein Reil treibt den anderen, ein Vergleich jagt den anderen, bei den vielen Läden, welche die Gesehgebung zeigt. Von Autorität oder Gewissen keine Spur, man erlebt doch die Dinge täglich und fragt sich, wie so etwas möglich ist. Wirtschaftliches Elend, verhäumte und bitterste Armut sind die Begleiterscheinungen dieser halbseligen Wirtschaft, abgesehen von Freigehit und Lebensüberdruß... Was aber die volkswirtschaftliche Welle anlangt, so gibt es nur einen Halt: ohne Verzögerung drakonische Gesehe der Gerechtigkeit durchzuführen und dort nicht Halt zu machen, wo die Ausbeutung und Auswucherung des Volkes immer größere Fortschritte macht. Dazu müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenschließen.“

Es sind zwei sehr lehrreiche Beiträge, die wir hiermit unseren Lesern zur Kenntnis gebracht haben. Beide, der Bericht der Eisenindustriellen von Nordwest und die Rede des Aufsichtsratsvorsitzenden der Badenia, Herbstreit, zeigen deutlich genug die Schäden auf, an denen unsere Wirtschaftspolitik krankt. Und selbstverständlich gibt es keinen Unternehmer, keinen Landwirt, keinen Handwerker und keinen Gewerbetreibenden, der nicht in den Kernpunkten der Kritik mit jenen beiden Anklagen übereinstimmt. Das Schlimme ist nur, daß noch immer ein großer Prozentsatz der anderen Berufsklassen unseres Volkes diese Wahrheiten garnicht kennt oder garnicht kennenlernen will.

Und doch sollte sich ein jeder deutsche Staatsbürger, der auf irgendeinem Wege Gehalt und Lohn bezieht oder feste, gesetzlich verankerte Gehalts- und Pensionsansprüche an den Staat hat, darüber klar werden, daß auf die Dauer alle diese Gehälter und Löhne nur gezahlt werden können, wenn unsere Wirtschaft existenzfähig bleibt und aus sich heraus die Werte produziert und umsetzt, aus deren Ertrag sich das Gehalts- und Lohnkonto ergibt. Die fürchterliche Tatsache, daß wir 4 bis 5 Mill. Arbeitslose haben, redet eine ernste Sprache. Diese ungeheure Ziffer zeigt uns allen, daß die Wirtschaft eben nicht mehr imstande ist, alle arbeitswilligen Menschen zu beschäftigen und zu entlohnen. Und, wenn die Dinge so weiter gehen, könnte auch einmal der Tag kommen, an dem es nicht mehr möglich ist, die Gehälter für die Beamten zur Auszahlung zu bringen; geschweige denn, einen Vertrau-

tungsapparat zu unterhalten, wir wir ihn uns jetzt noch leisten.

An dem Gedeihen unserer Wirtschaft ist jeder von uns aufs innigste interessiert. Und deshalb muß die Bahn freigemacht werden für die Wirtschaft. Nicht nach irgendwelchen Ideologien muß das Wirtschaftsleben geformt und beeinflusst werden. Aus sich selbst heraus nach ihren eigenen Gesetzen muß die Wirtschaft sich entfalten können. Und, wie früher muß dabei wieder Gewinn und Aufstieg als Ansporn und Lohn wirken.

Es ist unmöglich, eine Volkswirtschaft auf unbiologische Prinzipien, auf die Prinzipien der Wehleidigkeit, der Rentenangst und der Mediokrität festzulegen. Die Aufgabe ist es, die den Fortschritt schafft. Die Leistung ist es, die wieder mit an erster Stelle bewertet werden muß, und die auch bei der Entlohnung den Ausschlag zu geben hat.

Sozialpolitik läßt sich nur treiben, praktisches Christentum gibt es nur dann, wenn genügend Starke da sind, um die Schwachen zu schützen. Nichtet sich aber erst einmal das ganze Leben, die ganze Volkswirtschaft nach der Norm, die durch den Schwachen aufgestellt wird, dann ist der Untergang besiegelt. Dann wird allmählich ein Zustand erreicht, bei dem jeder irgend ein schönes soziales Anrecht besitzt, keine Mittel aber vorhanden sind, um diese Rechtsansprüche auch zu befriedigen. Dann kommt der Zustand, wo es nur noch Schwache und Arme gibt, und wo keine Quellen mehr zu erschließen sind, um die Bedürfnisse all dieser Schwachen zu decken. Sozialpolitik, soziale Fürsorge ist nur denkbar in einem Volke, das wirtschaftlich Großes leistet und aus eigener Kraft die Mittel erwirtschaftet, die zur Aufrechterhaltung der Sozialpolitik nötig sind.

Natürlich wird die Wirtschaft sich lange wehren, ehe sie sich verloren gibt. Denn der Zusammenbruch und die Erwerbslosigkeit ist für den Arbeitgeber, für den Unternehmer ja viel gefährlicher, als für die Angehörigen der anderen Berufe der Gehalts- und Lohnempfänger, da er keinen gesetzlichen Anspruch an den Staat, keine Pensionsberechtigung und keinen Anspruch an eine Arbeitslosenversicherung hat. An den übrigen Schichten ist es also, die die Wirtschaft verständnisvoll in ihrem Kampf um die Existenz zu unterstützen. Nicht allein aus moralischen Gründen, die sich ja immer von selbst verstehen, sondern aus Gründen des eigenen Interesses. Der Ruin der Wirtschaft wäre gleichbedeutend mit dem Ruin des Staates, mit dem Ruin von uns allen!

Aus den Nachrichten

Schauspieler Mellon in England. Der amerikanische Schauspieler Mellon ist am Dienstag in England angekommen. Er erklärte Pressevertretern, sein Besuch sei kein privater Natur. Er sei keineswegs gekommen, um sich mit irgendwelchen Finanzleuten offiziell zu treffen. Er werde nur etwa 8 Tage in England bleiben, um seinen Sohn, der in Cambridge studiere, zu sehen. Dann will er nach dem Kontinent weiterreisen.

Einigung in England. Macdonald teilte am Dienstag der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei mit, daß die Regierung den revidierten Abänderungsvorschlag der Liberalen annehme, und daß damit die Krise vermieden sei.

Politische Mord in Lemberg. In Lemberg wurde der Student Berenzki auf offener Straße von einem anderen Studenten erschossen. Der Täter gab beim Verhör an, daß er die Tat begangen habe, weil der Getötete ein Provokateur gewesen sei, der mit den polnischen Behörden in Verbindung gestanden und die ukrainische Sache verraten habe. Sein Bruder ist kürzlich wegen Hochverrats zu 7 Jahren Kerker verurteilt worden.

Japanische Angestellte verlangen Erhöhung ihres Lohnes! Der kürzliche Beschluß der japanischen Regierung, die Beamtengehälter herabzusetzen, hat eine beachtenswerte Wirkung ausgeübt. 400 Arbeiter und Angestellte der Hoba-Soj-Werke haben sich, wie aus Tokio gemeldet wird, an die Geschäftsleitung mit dem dringenden Ersuchen gewandt, ihre Löhne in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftskrise herabzusetzen. Die Gesellschaft lehnte das Gesuch ab. Die Arbeiter bestanden indeffen auf ihrem Wunsch, bis schließlich die Arbeitgeber zum Nachgeben gezwungen wurden und die Löhne um 10 Proz. ermäßigten.

Die Andreas-Hofer-Aufführung auf der Volksbühne Stuttgart. Mit der Spielaufführung am letzten Sonntag hat das Volksschauspiel Stuttgart seine diesjährige Spielsaison wieder eröffnet. Das von Theatermaler Dinkelstein neu erstellte Bühnenbild hat allgemein überrascht. Das in seiner Breite und Tiefe erweiterte Szenenbild ist ein großartiges Gebilde, und Alpenpanorama mit glänzend gelöster perspektivischer Fernwirkung und für sich allein schon eine Sehenswürdigkeit. Durch vorteilhafte Umgestaltung und Kürzung, sowie durch stärkere Heranziehung der Massen hat das Hoferspiel im Vergleich zum Vorjahre viel gewonnen. Auch Musik und Gesang, unterstützt durch die wirksam verteilte Lautsprecheranlage, weisen vorteilhafte Neuerungen und Änderungen auf. Schon die erste Aufführung zeigte ein gutes Zusammenspiel der Einzeldarsteller und Massen, und fand den wohlverdienten Beifall.

Einem starken Massenbesuch dürften die beiden Spieltage von 28. Juni und 5. Juli bringen, weil ein erheblicher Teil der Reineinnahmen für die Kriegerhinterbliebenenfürsorge bestimmt ist. Das Vereinsorgan des Bad. Kriegerbundes, die „Badische Kriegerzeitung“, hat in ihrer letzten Nummer die badischen Kriegerbünde, Militär- und Waffenvereine mit Angehörigen zum Spielbesuch an obigen Spieltagen aufgerufen.

Konradin-Kreuzer-Heimatspiele. Zu Ehren Konradin Kreuzers wird seine Vaterstadt Meßkirch am Samstag, den 4. und Sonntag, den 5. Juli die schönste und bekannteste Oper „Das Nachtlager von Granada“ als Freilichtspiel im historischen Schloßhof zur Aufführung bringen lassen. Die künstlerische Gesamtleitung der Festspiele liegt in Händen von Regisseur Walter Eberhardt, Stuttgart, die musikalische hat Fritz Wilm Wallenborn, Stuttgart, übernommen. Unter den Sängern der Hauptpartien befinden sich Max v. Wistinghausen, Karl Heßler, Adolf Harlach, Martha Schuler, Wilhelm Holz, Fritz Löffler, Walter Maurer. Das Orchester stellt die Reichswehrkapelle Gmünd. Die Chöre werden durch Meßkircher Gesangsvereine verstärkt. Bei ungünstigem Wetter wird die Aufführung in die große Markthalle, in der die

Der Sieg der Regierung beim

Auch keine Einberufung des Haushaltsausschusses

Der Ältestenrat des Reichstags hat am Dienstagmittag, wie gemeldet, die vorzeitige Einberufung des Reichstagsplenums abgelehnt. Dann vertagte sich der Ältestenrat auf 6 Uhr abends zur Entscheidung über einen sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über Abänderung der Notverordnung. Vor der Abstimmung wiederholte Staatssekretär Fänder die Erklärung der Reichsregierung, daß sie einen Beschluß auf Einberufung des Reichstages mit ihrer Demission beantworten würde. Nachdem jedoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Nachmittag beschloß, nicht auf ihrer Forderung zu bestehen, erklärte der Vorsitzende des Ältestenrats, daß kein formeller Antrag vorliege. Als darauf die Kommunisten den Zusammentritt des Haushaltsausschusses beantragten, stimmte die Mehrheit, darunter die SPD, dagegen. Dieser Antrag wurde gegen die 228 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Deutschnationalen abgelehnt.

Die Stellungnahme der Reichsregierung

Die erwähnte Erklärung des Staatssekretärs Dr. Fänder vor den entscheidenden Abstimmungen im Ältestenrat befaßt: Die Reichsregierung hat kein Mittel unberührt gelassen, alle in Betracht kommenden politischen Gruppen von den unheilvollen Folgen einer etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages zu überzeugen. Die Reichsregierung will zu der Frage, ob die Notverordnung abänderungs- und verbesserungsbedürftig ist, in diesem Augenblick noch nicht Stellung nehmen. Sie widersteht sich aber solchen Plänen keineswegs, sobald dadurch Zweck und Ziel der Notverordnung nicht beeinträchtigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre aber die sofortige Einberufung des Reichstages das ungeeignetste Mittel. Wohl fände sich dann nach aller Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit für Aufhebung der Notverordnung oder jedenfalls wesentlicher Teile, aber mit aller Bestimmtheit keine Mehrheit für positiver Verbesserungen. Die Reichsregierung muß deshalb daran festhalten, daß solche Abänderungen der Notverordnung mit Sorgfalt vorbereitet werden. Auftragsgemäß darf ich nochmals betonen, daß die Reichsregierung hierbei zu positiver Mitarbeit absolut bereit ist. Sie wird sich mit den arbeitsbereiten Gruppen des Reichstages darum bemühen, formulierte Verbesserungsvorschläge vorzubereiten, für die eine Mehrheit in diesem hohen Hause gewiß wäre. Diese Verbesserungsvorschläge würden dann als Gesetzesnovelle zur Notverordnung in der Oktobertagung des Reichstages ihre parlamentarische Erledigung finden können und müssen.

Jeder andere Weg führt nach reichlichster Prüfung der Reichsregierung zu keinem positiven Ergebnis. Das mit Bestimmtheit zu erwartende negative Ergebnis sofort einsetzender Reichstagsberatungen würde aber auf anderen Gebieten von den unheilvollsten Folgen begleitet sein. Diese mit zu verantworten, sieht sich die Reichsregierung nicht imstande. In ihrem Auftrag habe ich daher die Erklärung zu wiederholen, daß die Reichsregierung einen Beschluß des Ältestenrats auf Einberufung des Reichstages mit ihrer Demission beantworten würde.

Erklärung der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gab Dienstagmittag eine Erklärung heraus, die feststellt, daß die Reichsregierung bereit sei, bei den Ausführungsbestimmungen für die Milderung von Särten Sorge zu tragen. Der Reichsanzwiler sei ferner bereit, unter der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt der Einberufung des Reichshaushaltsausschusses zuzustimmen und an seinen Arbeiten mitzuwirken. Angesichts dieser Erklärungen nehme die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses bei der beabsichtigten Finanz- und Wirtschaftsfrage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand.

Erklärung der Deutschen Volkspartei

In einer Erklärung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird gesagt, sie habe stets weitere Massenbelastungen und neue Steuern erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Ausgabenkürzungen und nach der Durchführung von Reformen nach einem einseitigen Finanz- und Wirtschaftsplan für tragbar angesehen. Die Notverordnung enthalte aber auf diesem Gebiet nur völlig unbefriedigende Ansätze. Die Fraktion habe weitere Lasten nur für tragbar erklärt, wenn gleichzeitig in schnellem Tempo und entschlossen die Revision der Tribusklassen in Gang gebracht werden. Die Fraktion halte die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht für geeignet zur Durchführung der genannten Aufgaben und verlange unter der Führung des Kanzlers eine Regierung, in der parteipolitisch nicht einseitig gebundene, im ganzen Volk anerkannte Persönlichkeiten vertreten seien. Die Fraktion vertraut darauf, daß durch die bessere Führung ihres Vorsitzenden mit dem Reichsanzwiler Gewähr für die baldige Durchführung dieser Maßnahmen geboten sei.

lektjährige Konradin-Kreuzer-Fest abgehalten wurde, verlegt.

Die badische Sezession in Strahburg. Am Sonntag fand im Gewächshaus der Orangerie in Strahburg die Eröffnung der Ausstellung der badischen Sezession statt. Diese künstlerische Veranstaltung ist das Gegenstück der kürzlich in Freiburg i. Br. stattgefundenen Ausstellung schaffischer Künstler. Unter den Ehrenpräsidenten bemerkte man drei Reichsgeordnete der Stadt, mehrere Gemeinderatsmitglieder und die Konfessoren der badischen Museen; weiter zahlreiche klassische Künstler und Kunstfreunde. Von der badischen Sezession waren mehrere Aussteller persönlich anwesend. Der Bürgermeister und der Museumsdirektor der Stadt Freiburg waren erschienen, um der Eröffnung und dem Empfang beizuwohnen. Reichsgeordneter Koepler, Strahburg, eröffnete mit einer längeren Ansprache die Ausstellung, während Herr Erwin Heinrich, stellvertretender Vorsitzender der Sezession, für das Zustandekommen der Veranstaltung dankte. Die badische Sezession vereinigt über 50 Aussteller mit über 200 Ausstellungsnummern.

Bayreuther Bühnenfestspiele. Die beiden Ringelnen finden statt vom 25. bis 30. Juli und vom 11. bis 15. August. Die musikalische Leitung übernimmt wiederum Staatskapellmeister Karl Elmendorff. Die Besetzung ist folgende: Wolan und Wanderer: Friedrich Schorr und Rudolf Bodelmann, Donner: Georg von Schudtgenaler, Frob: Joachim Sattler, Loge: Fritz Wolff, Alberich: Eduard Dabich, Mime: Erich Zimmermann, Fafolt und Gagen: Wilhelm Raiffe, Hofner: Carl Braun, Fride und Waltraute: Karin Branzell, Freia und Gutruine: Rosalind von Schirach, Erda und Erze Korn: Enid Sganthe, Woglinde und Dritte Korn: Ingeborg Holmgren, Wellgunde: Sildegard Weigel, Flohilde und Zweite Korn: Charlotte Müller, Siegmund: Lauritz Melchior und Gunnar Graarud, Hunding: Nvar Andresen, Sieglinde: Maria Müller, Brünnhilde: Nanny Larsen-Lobben, Siegfried: Gottlieb Pistor, Waldbogel: Erna Berger, Gunter: Gerhard Hüsch.

Rücktritt

der österreichischen Regierung

Der Kampf um die Unabhängigkeit

Die österreichische Regierung Ender hat den Rücktritt beschlossen, nachdem der Innenminister Winkler seine Demission gegeben hatte. Der Rücktritt ist als ein Schlag Frankreichs anzusehen, da die Regierung Ender-Schober einen verzweifelten Kampf um die Unabhängigkeit des Landes geführt hat, und sich dabei dauernd Intriguen des rechten Flügels der Christlich-Sozialen unter der inoffiziellen Führung Seipels gegenüber sah. Winkler hatte sich gegen die französischen Bedingungen bei der Sanierung der Kreditanstalt ausgesprochen. Frankreich hat die österreichische Finanzkrise planmäßig durch Beeinflussung der BIZ und Ausspielen aller Möglichkeiten zum Sturz Schobers, des Vizekanzlers im Kabinett Ender, auszunutzen verstanden. Die von Frankreich für seine Finanzhilfe verlangten politischen Garantien, d. h. politische Abhängigkeit Österreichs von Paris, sind denn auch die letzten Ursachen des Rücktritts des Kabinetts Ender-Schober geworden.

Die Pariser Kreditverhandlungen

Die Verhandlungen über die Begebung der österreichischen Staatsanleihe haben, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Paris meldet, am Dienstagabend eine unerwartete Wendung genommen. Die Verhandlungen mit den französischen Banken sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Ginge es sich die Bank von England bereit erklärt, Österreich einen kurzfristigen Kredit zu eröffnen, der aber erneuerbar ist. Dienstagabend sind in Wien bei der österreichischen Nationalbank von London 150 Mill. Doll. als Voranschlag auf die von der österreichischen Regierung zu begebenden Staatsanleihe eingezahlt worden.

Der Garantievertrag zwischen dem Bund und den Vertretern des Londoner Stillhaltefortiums wurde am Dienstag in Wien vom Finanzminister Dr. Zuch unterzeichnet. So viel man hört, ist darin ein zweijähriges Stillhalten vorgesehen sowie gewisse Sicherungen für spätere Umbildung resp. Prolongierung des Kredits.

Wien, 17. Juni. * Bundespräsident Niklas hat heute vormittag Vizekanzler Dr. Schober, ferner den Präsidenten des Nationalrats, Dr. Krenner, Bürgermeister Seig, Landeshaupmann Dr. Buresch und Bundesminister Baugoin empfangen.

Sieg der Regierung Laval

Franklin Bouillon gegen Briand

Die französische Kammer nahm am Dienstag eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Laval mit 312 gegen 260 Stimmen an. Sie lautet: „Die Kammer bleibt der Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie von der Regierung betrieben wird, treu, billigt ihre Erklärungen, spricht ihr auf neue das durch die Abstimmungen vom 8. Mai und 9. Juni zum Ausdruck gebrachte Vertrauen aus, lehnt jede zusätzliche Bemerkung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Bei der Beratung der Interpellation des Abgeordneten Franklin-Bouillon wendete sich dieser gegen die Politik, die Briand um sich geschaffen habe. Der Redner kam dann auf die Stahlhelmkündigung zu sprechen, die Briand zu verkleinert habe, während doch tatsächlich 250 000 Mann aufmarschiert gewesen seien. Die Abgeordneten Emile Borel und Honnevoix sprachen sich für die Politik Briands aus. Ministerpräsident Laval erklärte, nicht nur die Abgeordneten der Mehrheit, sondern sämtliche Vertreter könnten in bezug auf die Außenpolitik beruhigt sein.

Aus den Ländern

Lärmjenen im bayerischen Landtag

Als am Dienstag bei der Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte im Bayerischen Landtag der Bauernbündler Eugenberger die „überpann nationaler“ Politik der Nationalsozialisten scharf kritisierte, erfolgten von den nationalsozialistischen Parteien minutenlang lebhafteste Unterbrechungen und Zwischenrufe, so daß der Präsident dem Redner nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Die Lärmjenen auf den nationalsozialistischen Bänken wiederholten sich jedoch noch bei der Fortsetzung der Rede, so daß zwei Nationalsozialisten zur Ordnung gerufen werden mußten. Als nächster sprach der nationalsozialistische Abg. Oelkmuth, der mit der Drohung schloß: „Wenn Hitler und die Nationalsozialisten aus Ruher kommen, dann werden sie durchgreifen, Köpfe werden dann in den Sand rollen!“ Der Redner erhielt wegen grober Ungehörigkeit ebenfalls einen Ordnungsruf, dem im weiteren Verlauf drei andere folgten, weshalb er aus dem Saale verwiesen werden mußte.

Der Landtag genehmigte die Aufhebung der Immunität der nationalsozialistischen Abg. Streicher und Wagner zur Strafverfolgung in dem Strafverfahren und der Privatklage des Schriftleiters Schwingenstein von der Bayer. Bauernbündlerinteressen wegen der bekannten Ohrsprengungen im Landtag. Die Strafverfolgung des Abg. Streicher wegen Beleidigung eines ehemaligen Nationalsozialisten wegen einer Veröffentlichung in Streichers Organ „Der Stürmer“ wurde abgelehnt.

Die sächsische Regierung gegen die Notverordnung

Im Sächsischen Landtag ergriff am Dienstag Ministerpräsident Schied das Wort zu einer längeren Rede über die Stellung der Regierung zur Notverordnung. Sie könne sich nicht verantwortlich machen lassen für etwas, was sie eindeutig zu beeinflussen nicht in der Lage gewesen sei. Die Länder seien an den Vorarbeiten zu der Verordnung nicht beteiligt worden. Allerdings haben die Länder verfassungsmäßig kein Recht, an den Maßnahmen, die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung getroffen werden, entscheidend mitzuwirken. Manches von dem, was die diese Erregung im Volk zu steigern geeignet sei, hätte sich aber vielleicht vermeiden lassen, wenn die Erfahrungen der Länder rechtzeitig ausgenutzt worden wären. Die Reichsregierung hätte ihre Maßnahmen mehr unter die Idee des allgemeinen Volksoffens stellen sollen. Er habe in seinem Einpruch die Verordnung dahin bemängelt, daß sie ihr Ziel, die Sicherung der Finanzen, nicht erreiche. Ferner habe er sich gegen den Glauben gewandt, Deutschland könne erst die öffentlichen Finanzen sanieren, um dann die Tributfrage anzufassen. Sachsen habe trotzdem keine Neigung, eine Fortsetzung des dunklen Kapitels sächsischer Geschichte zu liefern, das in der nachrevolutionären Zeit einmal eine sächsische Regierung durch ihren Kampf gegen die Reichspolitik aufgestellt habe. Damit solle jedoch nicht gesagt sein, daß sich die heutige sächsische Regierung als gefügiges Werkzeug der Reichsregierung betrachte.

Rücktritt der oldenburgischen Regierung

Im Oldenburger Landtag wurde am Dienstag nach längerer Debatte das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten gegen die oldenburgische Staatsregierung mit einem Überfallsresultat angenommen. Für das Ministerium stimmten lediglich vier Abgeordnete, und zwar die Staatspartei, das Land-

voll und die Deutsche Volkspartei. Gegen die Regierung stimmten 24 Abgeordnete, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten. Das Zentrum und die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme (20 Abgeordnete). Nach der Annahme des Misstrauensvotums ließ die Regierung erklären, daß sie nicht mehr länger amtierende könne und deshalb zurücktritt.

Die Aussichten für eine Regierungsneu- oder -umbildung, die nunmehr in den Händen der Rechtsparteien liegt, werden skeptisch beurteilt. Die bisherige Regierung ist das sog. Geschäftsministerium Casselbohm, in dem Ministerpräsident Casselbohm (Dn.) Justiz, Kirche und Schule, ein dem Zentrum angehörender Minister das Innere und den Handel und ein parteiloser Minister die Finanzen betreut. Alle drei wurden aber nicht als politische Minister, sondern als sogenannte Fachminister nach sachlichem Vorbild angesehen.

Ein Muttermörder vor Gericht

Vor dem Berliner Schwurgericht III begann heute, Mittwoch, der Prozeß gegen Carl-Fritz Max Thieleke, der am 6. August v. J. seine Mutter, Frau Tschökel, in der Badewanne der gemeinschaftlichen Wohnung durch zahlreiche Schüsse getötet hat. Es handelt sich um den kriminalistisch und psychologisch interessantesten Fall, der je ein Schwurgericht beschäftigt hat. Der Sohn hatte eine Angestellte seiner Mutter geheiratet. Die junge Frau weckte tagsüber bei ihrer Mutter mit den Kindern. Am 6. August war das der Fall. Der Angeklagte gab nun an, er sei an diesem Tage nach Hause gekommen und habe sich zu seiner Mutter, die sich in der Badewanne befand, gesetzt. Diese habe ihm plötzlich ohne Grund gedroht und schließlich zu einem Dolchmesser gegriffen, mit dem sie auf ihn eindringen wollte. Er habe ihr das Messer entwendet und dann blindlings auf sie eingeschossen. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte der Verteidiger den Antrag, außer den bereits geladenen etwa 40 Zeugen und sechs Sachverständigen noch 18 weitere Zeugen zu hören. Es soll der Beweis erbracht werden, daß mehrere Verwandte des Angeklagten gestraft waren. Das Gericht beschloß, die Mehrzahl der von der Verteidigung genannten Zeugen zu laden. Der Angeklagte erzählte hierauf seinen Lebenslauf. Er habe nicht gewußt, daß er ein uneheliches Kind gewesen sei. Seine Mutter habe ihn häufig mißhandelt.

Kleine Chronik

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro will der „Do. X.“ am heutigen Mittwoch von Natal nach Bahia fliegen und von dort am Donnerstag nach Victoria; am Samstag erwartet man das Schiff in Rio de Janeiro, wo die Regierung und die deutsche Kolonie einen Empfang veranstalten werden. Man rechnet mit einem 14tägigen Aufenthalt in Rio. Möglicherweise wird er dann einen Flug nach den Vereinigten Staaten unternehmen.

Der Erasmotor des Nordpol-Unterseebootes „Nautilus“, der bekanntlich in Anordnung getaucht war, ist wieder in Ordnung. Das U-Boot wurde von einem Schlepper in Richtung Queenstown abgeschleppt. Die Entfernung, die noch zu überwinden ist, beträgt 700 Meilen.

Beim Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge in der Wilhelmstraße in Stuttgart wurden zwei Personen schwer und etwa zehn leicht verletzt.

Die Lokomotive und mehrere unbefestete Wagen eines Personenzuges der Strecke Dirmen-Gleibach (Rheinland) stürzten Dienstag nacht kurz vor 11 Uhr unmittelbar hinter dem Dirmener Hauptbahnhof infolge Überangrenzens die über fünf Meter hohe Böschung hinab auf die Straße.

Vor etwa 10 Jahren wurde bei Falkenberg (O.-S.) der Ökonom Hübscher des ehem. Offizierskasinos Lamsdorf vermisst. Man fand ihn dann in einer Düngergarube tot auf. Offenbar lag ein Raubmord vor. Der Verdacht richtete sich gegen den Gastwirt Golek, bei dem sich Hübscher aufgehalten hatte. Anfang dieses Jahres ist Golek verurteilt und hat die Uhr des Ermordeten zum Kauf angeboten. Darauf wurde er wegen Raubmordes verhaftet.

In Szatosh (Ungarn) wurden heute, Mittwoch früh, die beiden wegen Ermordung mehrerer Personen zum Tod durch den Strang verurteilten Giftmischerinnen Szabo und Szobas hingerichtet.

Einer der bekanntesten englischen Amateurlieger, Kenneth Murray, ist infolge Bruchs einer Tragflügel während eines Kunstfliegenfluges in der Nähe von Cambridge tödlich abgestürzt.

Etwa 60 Meilen nördlich von Kabul, der Hauptstadt von Afghanistan, ereignete sich heute, Mittwoch früh, ein Erdbeben. 15 Personen wurden dabei getötet und etwa 50 Häuser zum Einsturz gebracht.

Die Wahl der „Schönheitskönigin der Welt“ fiel — wie aus Galveston, Texas, gemeldet wird — auf Miss Belgien.

In der Kirche Santana Maria in Morelos (Mexiko) ist ein deutscher Kommunist getötet worden. Er hatte während des Gottesdienstes begonnen, an die versammelten Gläubigen eine antireligiöse Rede zu halten. Die wütenden Dorfbewohner rissen ihn von der Kanzel herunter und hängten ihn an einem Querbalken der Decke auf.

Badischer Teil

Die Regierungsumbildung in Baden

Der Landesauschuss der Sozialdemokratie Badens, der am Dienstagmorgen zusammentrat, um zur Frage der Regierungserweiterung in Baden Stellung zu nehmen, lehnte diese mit großer Mehrheit ab. Heute, Mittwoch vormittag, trat die sozialdemokratische Landtagsfraktion zusammen, ebenso tagte auch die Zentrumsfraktion.

Die Badische Wirtschaft

Unter der Reichsregierung

In der in Freiburg abgehaltenen letzten Sitzung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternachmerverbände Badens, in der Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft zusammengeschlossen sind, brachte der Vorsitzende, Dr. Graf Douglas, zum Ausdruck, daß die badische Wirtschaft, unbeschadet ihrer Stellung zur Notverordnung in einzelnen, alle Veranlassung habe, sich einmütig hinter die jetzige Reichsregierung zu stellen. Er betonte insbesondere, daß die Person des Reichsfinanziers Dr. Brüning weitestgehend Vertrauen im Inland wie im Ausland beanspruchen könne und daß es in einer Zeit wie der jetzigen vor allem darauf ankomme, eine zielbewußte Regierung am Ruder zu wissen. Mit der Krisenbewältigung, die große Kreise des Deutschen Volkes ergriffen habe, sei der deutschen Wirtschaft am schmerzhaftesten gedient. Es gelte, im Inland wie im Ausland das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft wieder herzustellen. Dies könne aber nur mit einer starken Regierung an der Spitze des deutschen Volkes gelingen.

Die neue Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen

Die Vorarbeiten für die eisernen Überbauten der neuen Rheinbrücke sind in den Werkstätten der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (M.A.N.), Werke Gustavsburg (Main) und des Eisenwerkes Kaiserslautern (E.W.K.), soweit fortgeschritten, daß voraussichtlich im Juli mit der Aufstellung des eisernen Überbaues begonnen werden kann. Der Vorbau erfolgt vom Mannheim-Ufer aus und zwar wird in die badische Seitenöffnung ein Holzgerüst auf Pfählen in den Strom eingebaut, auf dem dann der Überbau aufgestellt und zusammengebaut werden kann. Die M.A.N. hat bereits Anfang Juni mit dem Rahmen der Pfähle begonnen; die rechte Seitenöffnung wird daher voraussichtlich bis Ende Oktober 1931 für die Schifffahrt gesperrt bleiben. Während dieser Zeit muß die Talstraße durch die Mittelöffnung, die Bergstraße der Schleppzüge durch die linke (bayerische) Seitenöffnung geleitet werden. Zur Sicherung des Schifffahrtsverkehrs wurde ein Wahrschauen eingerichtet, der den bergfahrenden Schleppzügen die talwärts ziehenden Fahrzeuge ankündigt, sobald sie von der Wahrschaustelle aus sichtbar werden.

Während der Überbau der rechten Stromöffnung auf dem Gerüst zusammengebaut wird, wird der rechte Strompfeiler, dessen Entlasten zur Zeit in die Tiefe geht, fertiggestellt, so daß unmittelbar nach der Fertigstellung des Überbaues für die rechte Seitenöffnung die Überbrückung der Mittelöffnung in Angriff genommen werden kann. Da diese Öffnung wegen des Schifffahrtsverkehrs nicht gesperrt werden darf, muß der Überbau ohne unterstützende Gerüste, sich selbst tragend, vom rechten auf den linken Strompfeiler frei vorgebaut werden.

Die schweizerisch-badische Rundgebung

Die Rheinamperfahrer der Deutschen Handelskammer in der Schweiz, Bezirksgruppe Basel, von Basel nach Kehl und die anschließende Fahrt durch das Saanertal, die der großzügigen Unterstützung des Präsidenten, Direktor Girisch, von der Rheinufer-Schiffahrtsgesellschaft und der rührigen Initiative ihres Sekretärs Dr. Horn zu danken ist, gestaltete sich, wie wir unserem ersten Bericht über die Fahrt hinzufügen wollen, zu einer besonders herzlichen Rundgebung der engen Verbundenheit zwischen Deutschland bzw. Baden und der Schweiz und zu einem Appell gegenseitigen Verständnisses und Unterstützung in den gegenwärtigen Zeiten der Not. Ihre besondere Bedeutung erhielt die Fahrt durch das Zusammensein der Vertreter verschiedener Wirtschaftsorganisationen und Handelsunternehmungen, der Wissenschaft, der deutschen Kolonie in Basel und verschiedener oberbadischer Interessenten, sowie Vertreter der Badensammern von Freiburg und Lahr, durch die Teilnahme von Finanzminister Dr. Schmitt und Ministerialdirektor Seeger, die es sich während der prächtigen Rheinfahrt angelegen sein ließen, die Verhältnisse auf dem Strom und das in Ausführung begriffene Regulierwerk genau zu beobachten.

Finanzminister Schmitt hieß im Gasthaus „zum Schiff“ in Kehl im Namen des badischen Volkes, der badischen Regierung und der Stadt Kehl die Schweizer Gäste auf badischem Boden herzlich willkommen, wies auf die verschiedenen Anknüpfungspunkte hin, die Deutschland und die Schweiz verbinden, wies auf die Wichtigkeit der gegenseitigen Verständnisses jenseits der deutschen Grenze heute so nötig hat. Er habe es immer als seine Aufgabe betrachtet, fördernd zu wirken für die gemeinsamen Interessen zwischen der Schweiz und Baden. Den Westrebenden des Rheinverkehrs galten die Ansprachen von Direktor Girisch, Schiffahrtsgesellschaft Rheinufer, und Direktor Vertken, Kaisers Kaffeegeschäfte, Basel.

Aus der badischen Industrie

Die Lage in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Aus Schramberg wird berichtet: Unter den Exportindustriellen hat die Schwarzwälder Uhrenindustrie besonders zu leiden, da sie darauf angewiesen ist, drei Viertel ihrer Produktion im Ausland abzusetzen. Die Errichtung von Zollschranken und der Aufbau einer eigenen Uhrenindustrie in verschiedenen Ländern des Auslandes haben manche Märkte für den deutschen Absatz verschlossen. Besonders ist der Beschäftigungsgrad bei denjenigen Firmen zurückgegangen, die Qualitätsuhren herstellen. Die Arbeitszeit mußte daher auf wenige Tage in der Woche beschränkt werden. Auch die verwandten Industrien leiden natürlich ebenfalls bei dieser Geschäftslage. Der Großfisch hat das ganze Nisito auf den Fabrikanlagen abgewälzt und unterhält fast gar kein Lager mehr. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts sind in den ersten vier Monaten des Jahres 1931 mengenmäßig 18,8 Prozent und wertmäßig 17,3 Prozent weniger zur Ausfuhr gekommen, als 1930. Die Ausfuhrmenge betrug nur 22.262 dz Uhren im Werte von 15.171.000 RM. Auch die Ergebnisse im Mai dürften kaum besser sein. Auch am deutschen Markt ist der Absatz sehr stark zurückgegangen. Die Einschränkungen der Arbeiterzahl haben dazu geführt, daß eine Reihe tüchtiger Uhrmacher sich selbständig gemacht haben und so zu einer Verschärfung der Krise in der deutschen Uhrenindustrie beitragen.

Der Lohnstreik bei Großmann in Brombach. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Freiburg im Lohnstreik bei der Firma Gebr. Großmann AG. in Brombach sind um etwa 4 Wochen vertagt worden. Den Parteien ist aufgegeben worden, neue Vorschläge auszuarbeiten und nochmals in direkte Verhandlungen einzutreten. Von der Arbeiterschaft ist der Beschluß gefaßt worden, unter Vorbehalt die Arbeit aufrechtzuerhalten.

Lohn- und Tarifstreik in der badisch-württembergischen Ziegelinindustrie. Da die Verhandlungen vor dem Schlichtergebnislos waren und ein den Parteien unterbreiteter Vermittlungsvorschlag abgelehnt wurde, hat der Schlichter mit Entscheidung vom 16. d. M. die Schiedssprüche für verbindlich erklärt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Erster badischer Frühkartoffelmarkt in Niesel. Am Mittwoch, den 17. Juni, nachm. 4 Uhr, wurde in der Nähe des Bahnhofes Niesel (Reichsbahn) der erste badische Frühkartoffelmarkt durch den Verein Kaiserstuhl Frühkartoffel- und Frühgemüseerzeuger, Sitz Emmendingen, eröffnet. Die Bedeutung dieses Marktes geht weit über seine lokalen Grenzen hinaus. In jählicher Arbeit hat die genannte Organisation ihre Mitglieder über richtigen Anbau, Verpackung, Sortierung usw. unterrichtet, so daß heute die Gemäße für das Anbieten besser Ware vorhanden ist. Als Sorte kommt in der Hauptsache die „Holländer-Erlinge“, die deutsche „Matta-Kartoffel“, zum Verkauf. Die Marktordnung schreibt einheitliche Verpackung in Säcken mit 51 Pfund Bruttogewicht vor. Die Ware wird direkt vom Erzeuger angefahren, und es wäre zu wünschen, daß der Verbraucher die Selbsthilfe der Landwirtschaft auch dadurch unterstützt, daß er beim Einkauf seiner täglichen Bedürfnisse deutsche Frühkartoffeln verlangt. Dem Handel

andererseits ist hier Gelegenheit geboten, erstklassige Standardware, die jeden Vergleich mit dem Auslande standhalten kann, zu kaufen. Die Märkte finden ab 23. d. M. jeden Dienstag und Freitag, nachmittags 4 Uhr, statt.

Tagungen

Südwestdeutscher Drucker-Tag in Heidelberg. Am 13. und 14. Juni veranstalteten die in dem Verband der Deutschen Buchdrucker zusammengeschlossenen Drucker der Bezirke Frankfurt, Karlsruhe, Mannheim-Ludwigshafen, Stuttgart und München in Heidelberg einen Südwestdeutschen Drucker-Tag, der von über 800 Druckergehilfen besucht war. Der Vorsitzende der Zentralkommission, Ademann (Berlin), sprach u. a. über das Thema „Technische Entwicklung und Nationalisierung“. Anschließend wurde in der Stadthalle eine Druckmaschinen- und Druckautomatenausstellung eröffnet. Am Grabe des ersten Reichspräsidenten Ebert wurde ein Kranz niedergelegt. Zu der Festversammlung in der Stadthalle waren rund 1000 Druckerkollegen erschienen. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Karl Möhrle (München) über „Drucktechnik in Vergangenheit und Gegenwart und ihr Einfluß auf die Arbeitsweise des Buchdruckers“, der mit großem Interesse und Beifall aufgenommen wurde.

Der Reichsverband Deutscher Dentisten hielt vom 5.—8. Juni seine Hauptversammlung in Karlsruhe ab, die vom 1. Vorsitzenden, Institutsdirektor Kimmich, eröffnet und geleitet wurde. Die Hauptversammlung hatte vor allem einen organisatorischen, wirtschaftlichen Charakter. Es handelte sich um die Aufstellung der Etats von acht Lehranstalten der Dentisten und vor allem um Fragen der Sozialgesetzgebung auf dem Gebiete der Zahnbehandlung. Das endgültige Berufsziel, das darin besteht, daß der staatlich geprüfte Dentist auch in der R.G.D. verankert werde, wurde gefordert und Wege hierfür aufgezeigt. Die siebenjährige, gegliederte Berufsausbildung mit zwei Vorprüfungen und einer Staatsprüfung soll möglichst einheitlich gestaltet werden, soweit dies die noch verschiedenen Ausführungsbestimmungen der Länder zulassen. An den Abenden trafen sich die Teilnehmer bei verschiedenen geselligen Veranstaltungen. Auch das neue Lehrinstitut für Dentisten wurde besucht.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) Gau Baden-Pfalz-Saar hielt am 13. und 14. Juni in Neustadt a. O. seinen 10. ordentlichen Gau-Tag ab. Die Arbeitstagung stand im Zeichen der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Krise. Den Geschäftsbericht erstattete Gaugeschäftsführer Kempf, Mannheim. Auf allen Gebieten konnte eine erfreuliche Steigerung erzielt werden, nicht zuletzt auch auf dem der Mitgliederwerbung. Nach lebhafter Aussprache wurde eine Entschiedenheit einstimmig angenommen, welche die auf Festhaltung der Volkswirtschaft gerichtete Politik der „niedrigen Löhne“ und „Sozialentlastung der Wirtschaft“ beruht. Im Mittelpunkt des Gau-Tages stand eine öffentliche Rundgebung, in der der Bundesvorsitzer des GWA, Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider, eine Rede hielt, die Aufschluß gab über die Einstellung der Angestelltenchaft gegenüber der Problemen der heutigen Wirtschaft- und Sozialkrise und vor allem zu der durch die Notverordnung geschaffenen Lage.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Juni		16. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.40	169.74	169.35	169.69
Kopenhagen 100 Kr.	112.68	112.90	112.71	112.93
Italien 100 L.	22.04	22.08	22.06	22.08
London 100 Pf.	20.47	20.51	20.475	20.515
New-York 1 D.	4.2065	4.2145	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.515	16.499	16.475	16.515
Schweiz 100 Fr.	81.72	81.88	81.74	81.90
Wien 100 Schilling	59.153	59.275	59.16	59.28
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.466	12.480

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juni 1931 hat sich in der zweiten Juniwoche der Umlauf der Noten um 190,6 Mill. auf 3888,6 Mill., derjenige an Rentenbankscheinen um 5,7 Mill. auf 890,6 Mill. Reichsmark verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 323,6 Mill. Reichsmark eine Zunahme um 53,1 Mill. Reichsmark. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 54,3 Mill. auf 1869,9 Mill. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 534,4 auf 1765,6 Mill. Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 8,6 Mill. auf 104,3 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Geld allein verminderte sich auf 45,4 Proz. gegen 56,4 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen auf 48,1 Proz. gegen 59,2 Prozent.

Der Devisenmarkt zeigte nach der Diskonterhöhung ein wesentlich beruhigteres Aussehen. Die Anforderungen, in in Berlin schon am Montag nur noch ein Drittel der Freitag und Sonnabend verlangten Beträge ausmachten, haben sich am Dienstag noch etwas vermindert. Immerhin schätzte man die am Dienstag umgesetzte Devisenmenge immer noch auf etwa 50 bis 60 Mill. Reichsmark. Das bedeutet, daß die Reichsbank vorläufig noch weitere Goldexporte vornehmen muß, um sich die erforderlichen Devisen zu beschaffen. Es ist aber zu hoffen, daß die Anforderungen allmählich geringer werden, besonders, da im Ausland im Hinblick auf den Erfolg der Regierung Brüning eine zuverlässige Stimmung Platz zu greifen scheint.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924—1926 gleich 100), stellt sich für die Woche vom 8. bis 13. Juni 1931 auf 73,2 gegenüber 77,0 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 65,1 (69,6), Gruppe bearbeitende Industrie auf 63,7 (67,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 96,9 (100,3).

Rehler Hafenverkehr. Im Monat Mai sind im Rehler Hafen 248 Schiffe mit 76.242 Tonnen angekommen, davon 173 mit 72.780 zu Berg und 75 mit 3462 zu Tal. Abgegangen sind 247 Schiffe mit 24.469 Tonnen, davon 141 mit 10.986 zu Berg und 106 mit 13.483 Tonnen zu Tal. Der Gesamtverkehr betrug demnach 495 Schiffe mit 100.711 Tonnen.

Millionen-Verlust bei Lazard Speyer-Gliffen. Bei dem Bankhause Lazard Speyer-Gliffen & Co. in Frankfurt am Main-Berlin, ergibt sich für das Jahr 1930 ein Verlust von 2,16 Mill. Reichsmark. Einschließlich des Verlustvortrages aus 1929 von 0,91 Mill. Reichsmark und nach Abschreibungen und Minderstellungen von 2,04 Mill. Reichsmark ergibt sich ein Gesamtverlust von 5,11 Mill. RM.

Verlustabschluss der Magirus-AG. Der Aufsichtsrat der Magirus-AG, Ulm, beschloß, die Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 mit einem Verlust von 289.904 RM. durch den der Gesamtverlust sich auf 1.179.087 RM. erhöht, einer nach Ulm auf Samstag, 11. Juli d. J., einzuberufenden Generalversammlung vorzulegen.

Aus der Landeshauptstadt Was man beim Baden beachten sollte

Die Ferien- und Erholungszeit, die Hauptbadesaison ist nun gekommen. Da dürfte es zweckmäßig sein, auf die Vorsichtsmaßnahmen hinzuweisen, die jeder Badende beachten sollte. In einem Merkblatt das vom Landesverband Baden der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft herausgegeben wird, werden folgende Regeln aufgestellt:

Bevor du schwimmen lernst, oder deinen Körper dem kalten Wasser aussetzen gedenkst, frage deinen Hausarzt, ob dein Körper den Einwirkungen, die dabei eintreten, gerecht werden kann. Häufigkeit und Dauer des Schwimmens ist eine Frage körperlicher Veranlagung, die nur dein Arzt feststellen kann. Gehe nicht erregt in kaltes Wasser (z. B. nach schnellem Lauf oder langem Sonnenbad), sondern gönne dir die Zeit, deinen Körper etwas abzukühlen (Dusche, Luftbad). Erlaubige dich über die Wassertiefe, bevor du ins Wasser gehst. Springe als Schwimmer nicht mit Kopfsprung in seichtes oder trübes, unbekanntes Gewässer. Gehe als Nichtschwimmer nicht in überbrusthohes Wasser. Ein voller Magen verursacht beim Baden oft Übelkeit, darum nicht sofort nach dem Essen baden. Bleibe bei einer Wassertemperatur von unter 15 Grad nicht länger als fünf Minuten im Wasser. Kindern, welche den starken Bälmeintzug im Wasser noch weniger betragen als Erwachsene, ist auch schon längeres Verweilen im wärmeren Wasser zu untersagen. Schwimme im offenen Wasser (Strom oder See) nur in Begleitung und weide fumpfiges oder schlammiges Wasser. Wenn deine Freunde behaupten, daß sie nicht nach diesen Regeln handeln, und keinen Schaden davon tragen, so traue ihnen nicht, denn sie kennen deinen Körper nicht, und außerdem beweist das nur, wieviel Spielraum die Natur bisweilen der menschlichen Unvernunft gestattet.

25jähriges Dienstjubiläum. Am 1. Juni d. J. konnte Herr Friedrich Hofmann, Generalsekretär des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., sein 25jähriges Dienstjubiläum im badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen begehen. Nach langjähriger Tätigkeit als Verwalter und Kassenbeamter auf größeren Gütern in Baden, wandte er sich dem Genossenschaftswesen zu. Zuerst wurde er in verschiedenen Abteilungen des badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes (Körperschaft) beschäftigt, bis er im Jahre 1908 nach erfolgreichem Besuch der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule, zum Verbandsrevisor ernannt wurde. 1918 erfolgte sodann seine Ernennung zum Verbandsoberevisor und Leiter der Revisionsabteilung. Nach Vollzug der Vereinheitlichung im badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen im Jahre 1929, erfolgte seine Wahl zum Verbandsvorstand und bald darauf im Jahre 1930 seine Ernennung zum Generalsekretär. — Am Sonntag fand im Winzerhaus, Karlsruhe, eine schlichte Feier statt. Zahlreiche Glückwünsche sind dem Jubilanten aus allen Teilen des Landes zugegangen.

Badische Leichtathletik-Meisterschaften am 20. und 21. Juni in Karlsruhe. Nach fünfjähriger Pause findet wieder einmal Badens bedeutendste Leichtathletik-Prüfung in der Landeshauptstadt Karlsruhe statt. Die Leichtathletik-Abteilung des F. C. Phönix hat die Organisation und Durchführung dieser Meisterschaften übernommen. Es ist zu erwarten, daß recht gute Ergebnisse erzielt werden, denn das Meldeergebnis verspricht das Zusammentreffen gleich guter, bestveranlagter Sportler aus den Nachwuchsklassen. Bevor die Liste abgeschlossen wurde, lagen etwa 120 Meldungen aus allen Teilen der Gruppe Baden vor. Selbst aus der Seegegend und aus dem Hochschwarzwald sind Sportler zugefahren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwoch morgen: Unter dem Einflusse eines Zwischenhochs, das von Südwesten über das Festland gezogen ist und heute früh über Polen liegt, haben wir seit gestern anhaltend heiteres Wetter. Ein Tiefdruckausläufer, der bereits Nordfrankreich überquert, stellt nach stärkerer Erwärmung heute vielerorts Gewitter in Aussicht. Voraussage: Etwas kühler, streichweise Gewitter bei lebhaften Westwinden.

Mit Antrag vom 12. Dezember 1930 beantragt die Landeshauptstadt Karlsruhe die wasserpolizeiliche Genehmigung für die Verlegung der Alw auf 1200 m Länge. Das Nähere ergibt sich aus der Beschreibung und den Plänen, die während einer Frist von 2 Wochen zur Einsicht auf dem Rathaus in Karlsruhe offenliegen. Einwendungen gegen das beabsichtigte Unternehmen sind binnen der oben bezeichneten Frist beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister geltend zu machen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die älteren kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind und, daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der zweimonatigen Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Karlsruhe, den 12. Juni 1931. O. 3.44
Badisches Bezirksamt II.

Stellenvergebung.

Die durch das Ableben des früheren Stelleninhabers beim Tiefbauamt der Stadt Freiburg i. Br. freigewordene Stelle eines Stadtbaurats ist durch einen

jüngeren Dipl.-Ingenieur oder Regierungsbaumeister

alsbald zu besetzen. Der Einzustellende wird nach Gruppe Xa der Besoldungsordnung der Stadt Freiburg bezahlt und hat Aussicht, später in die Gruppe XI aufzurücken. Die Gruppen Xa und XI entsprechen der Bes.-Gruppe 2c des badischen staatlichen Besoldungsgesetzes. Nach Ablauf einer befriedigenden Probezeit von einem Jahr kann planmäßige Anstellung im Beamtenverhältnis erfolgen. Gesuche mit Lebenslauf, Lichtbild, Verzeichnisse, Ausbildungen und lückenlosen Dienstzeugnissen im Original oder beglaubigten Abschriften sind unter Angabe der spätesten Eintrittsmöglichkeit bis zum 15. Juli d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor Anstellung beim Gesundheitsamt der Stadt Freiburg ärztlich untersuchen zu lassen.

Freiburg im Breisgau, den 17. Juni 1931.
Stadt, Tiefbauamt.

Gemeinderandtschau

Bürgermeisterwahlen. In Rheinsheim (Amt Bruchsal) wurde am 3. Juni im ersten Wahlgang der Landwirt Kilian Weisk mit 30 gegen 23 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. — In Barga (Amt Sinsheim) wurde der bisherige Bürgermeister Gustav Richter mit 27 Stimmen Mehrheit wiedergewählt. — Die Bürgermeisterwahl in Mörstelstein a. R. brachte die fast einstimmige Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Karl Niedinger I. — In Eggingen (Amt Konstanz) fand nachdem die erste Wahl ganz ergebnislos war, der zweite Wahlgang statt, in dem der Landwirt Paul Schay mit 145 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde. Sein Gegenkandidat, Mübin, erhielt 97 Stimmen.

Der Gemeinderat Eberbach beschäftigte sich nochmals mit dem Haushaltsplan. Es wurden folgende steuerliche Maßnahmen von der Verwaltung in Vorschlag gebracht: 1. Zuschlag von 100 Prozent zum Landesjah der Bürgersteuer, 2. Erhöhung der Biersteuer um 50 Prozent der Mindestsätze der Notverordnung, 3. Einführung der Gemeindegetränkesteuer in Höhe von 5 Prozent des Kleinhandelspreises, 4. Verdoppelung des Gemeindezuschlags zur Hundesteuer, 5. Erhöhung der Kanalgebühren von 6 Pf. auf 9 Pf., je 100 M. Steuerwert. Gleichzeitig soll die Grund- und Gewerbesteuer in Vollzug der Notverordnung vom 1. 12. 1930 gesenkt werden. Endlich wurden erhebliche Abstriche an einer großen Zahl von Ausgabepositionen in Vorschlag gebracht, so daß im Vergleich zum Vorjahr kaum eine Ausgabeposition vorhanden ist, die nicht eine erhebliche Kürzung erfahren hätte. Der Gemeinderat lehnte jedoch seine Genehmigung ab, ohne in der Lage zu sein, gangbare Vorschläge zur Verringerung des Gleichgewichtes zu machen. Der Bürgermeister gab hierauf die Erklärung ab, daß er nunmehr die Staatsaufsichtsbehörde um weitere Maßnahmen ersuchen müsse.

Der Bürgerausschuß Kronau bei Bruchsal lehnte den Vorschlag wegen der Einführung der Bier- und Bürgersteuer mit 27 : 23 Stimmen ab. Die einzelnen Umlagefätze wurden unter Berücksichtigung der neuen Notverordnungen auf 82 Pf. für das Grundvermögen, 31 Pf. für das Betriebsvermögen und 586 Pf. für den Gewerbeertrag festgesetzt. Es wird nunmehr Zwangssetzung durch den Bezirksrat in Bruchsal erfolgen müssen.

Der Bürgerausschuß Rheinsheim (A. Bruchsal) wurde der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 mit 27 gegen 23 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Der Bürgerausschuß Mingsolsheim hat den Voranschlag abgelehnt. Den Ausschlag gab die Bürgerpartei, die sich vor allem gegen die Einführung der Bier- und Bürgersteuer aussprach. Dagegen wurde der Vertrag mit der Firma Arnold Wüninger, Duisburg, genehmigt, die das Anwesen der Zigarettenfabrik Mehlner & Stolzenhaller käuflich erworben hat, um darin wieder eine Zigarettenfabrik einzurichten. Der neue Inhaber will 150 Arbeiter beschäftigen und erhält dafür eine 5jährige Befreiung von sämtlichen Gemeindesteuern.

Kehler Notstandsarbeiten. Der Gemeinderat Kehl hat Beschluß gefaßt über eine weitere Notstandsarbeit zur Beschäftigung der ausgebeurlaubten Erwerbslosen. Die Ausfuhr und Auffüllung des Rheinvorlandes soll in einer Länge von 500 Metern fortgesetzt werden. Für die Durchführung der Arbeiten sind 24 000 M. aus Fürsorgemitteln zur Verfügung gestellt. Weiter wurde die Verwaltung beauftragt, die Genehmigung für Ausfuhr und Ausfuhr des übrigen Rheinvorlandes bis zum Wasserflugsplatz einzuholen, falls eine weitere Notstandsarbeit sich als notwendig erweist.

Der Kreisfeuerwehrverband Billingen senkt den Beitrag. Am letzten Samstag hielt der Kreisfeuerwehrverband Billingen, zu dem die Bezirke Triberg, Billingen und Donaueschingen gehören, eine Sitzung ab, in der auch die Festsetzung des Kreisbeitrages der Bezirke beschlossen wurde. In der Versammlung wurde beschlossen, daß im laufenden Jahre der Kreisbeitrag mit Rücksicht auf die Verhältnisse — vorübergehend der Genehmigung der Bezirke — um 5 Pf. pro Mann gesenkt wird. — Auch besahe man sich mit dem Deutschen Reichsfeuerwehrtag, der 1932 in Karlsruhe stattfinden wird.

Bürgermeisterwahlen in Freiburg. Infolge Ablaufs der Wahlzeit der Herren Bürgermeister Riedel, Dr. Hofner und Holz haben Neuwahlen stattzufinden. Die Neuwahl findet am Dienstag, 30. Juni 1931, vormittags 12 bis 12 Uhr, im Kaufmannsfaal statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 33 die vom Landtag am 11. Juni 1931 beschlossene Staatshaushaltsordnung.

D3. Heidelberg, 16. Juni. Die Technische Hochschule Hannover hat aus Anlaß ihres hundertjährigen Bestehens dem Generaldirektor Dr. Friedrich Bergius in Heidelberg für seine Verdienste auf dem Gebiete der Kohleverflüssigung und der Holzverzuckerung die Würde eines Ehrendoktors der Ingenieurwissenschaften verliehen.

D3. Heidelberg, 17. Juni. Der flechtlich gesuchte Kassierer der Städtischen Sparkasse, Klump, ist von einem Heidelberger Beamten, der in Tirol zur Erholung weilte, vor einigen Tagen dort gesehen worden. Der Betreffende hat sich mit dem Geflüchteten unterhalten, ohne zu wissen, daß dieser wegen Unterschlagung gesucht wird. Erst nach seiner Rückkehr erfuhr er von der Unterschlagung und der Flucht.

D3. Gernsbach, 16. Juni. Bei der gestern nachmittag vor dem hiesigen Notariat erfolgten Zwangsversteigerung des Hotels und Gasthauses „zum Löwen“ hat die Brauerei Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel, das Objekt für 59 220 RM. erworben. Der Anschlag betrug ohne Inventar 70 000 RM., mit Inventar 84 000 RM.

* Vom Feldberg, 15. Juni. Verhältnismäßig lange hat es in diesem Jahre gedauert, bis der Feldberg seine weiße Kappe abgelegt hat und das Weideland wieder die sanften Hügel und Mulden bedeckt. Nunmehr ist aber nicht nur der untere Teil des Feldbergs, sondern auch die obersten Kruppen schneefrei geworden und die Viehherden lassen sich das üppige Gras und Kraut ihrer Sommerweiden gut schmecken. Bis hinauf zur Jäzler- und Badenweiger-Hütte hört man die Glocken der weidenden Herden klingen.

Staatsanzeiger

Verlautbarung.

Zweite juristische Prüfung im Frühjahr 1931.

Auf Grund der im Frühjahr 1931 bestandenen zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsaessoren ernannt worden:

Baer Herbert aus Untergrombach, Beder Karl aus Untergrombach, Birlinger Albert aus Freiburg, Dr. Burger Josef aus Mühlheim, Eisele Fridolin aus Schönau i. Schw., Föhrenbach Hans aus Karlsruhe, Fränkel Hans aus Mannheim, Dr. Guber Erwin aus Mannheim, Geist Hermann aus Mannheim, Dr. Gerard Martin aus Mannheim, Dr. Grein Josef aus Nauenburg, Günther Otto aus Ibringen, Haas Ludwig aus Schopheim, Dr. Hafner Josef aus Mannheim, Dr. Hauger Helmut aus Karlsruhe, Herlan Wilhelm aus Karlsruhe, Hilbrandt Heinz aus Mannheim, Huber Willi aus Karlsruhe, Gust Karl aus Rammsweier, Jaffe Friedrich aus Heidelberg, Keller Erwin aus Stodach, Kistner Albert aus Karlsruhe, Dr. König Christian aus Gernsbach, Krieg Hermann aus Offenburg, Dr. Münzer Friedrich aus Mannheim, Neuburger August aus Baiertal, Dr. Ritter Kurt aus Sodenheim, Roth Karl aus Forzheim, Sauter Philipp aus Mannheim, Dr. Schröder Martin aus Mühlbach, Seibertich Josef aus Karlsruhe, Steeg Paul aus Karlsruhe, Straub Wilhelm aus Böhrenbach, Dr. Weimann Erika aus Rippoldsau und Wurz Camill aus Offenburg.

Karlsruhe, den 11. Juni 1931.

Der Justizminister
J. B.: Schmidt.

Melancthonverein für Schülerheime e. V.

Am Dienstag, den 30. Juni d. J., vormittags 1/12 Uhr, findet im Prüfungsfaal des Evang. Oberkirchenratsgebäudes in Karlsruhe, Blumenstr. 1 die ordentliche

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung: Bericht über den Verein, Bericht über die Stifte, Ergänzungswahl zum Beirat, Wünsche und Anträge, die spätestens bis 26. Juni d. J. an den Vorsitzenden eingereicht werden wollen.

Karlsruhe, den 13. Juni 1931. R. 256
Kirchenrat D. W. Schuk, Hermann-Billing-Str. 6.

Zu vermieten

auf 1. Oktober an ruhige Dauermieter schöne sonnige

Dreizimmerwohnung

mit 1 oder 2 Mansarden, Küche, Speisekammer, Balkon, Bad, Warmwasserheizung und sonst. Zubehör, ev. Gartenanteil. Das Haus steht an schönster Lage in Ettlingen, am Fuß des Rotberg, 5 Minuten vom Bahnhof Ettlingen-Stadt (Holzhof). Zu erfragen bei

H. Giner, Ettlingen, Bismarckstr. 3a. R. 256

**PORPHYRWERK
DOSSENHEIM**
HANS VATTER
DOSSENHEIM & BERGHE
Lieferant für alle Werkstoffbedürfnisse
erstklassiger
**STRASSENBAU-
MATERIAL**



Badisches Landes-Theater

Donnerstag, 18. Juni 1931

* D 30. (Donnerstagsticket)
Ab.-Gem. 601—700 und
1501—1550

Julius Cäsar

Exaucepil v. Schaleppear
Regie: Daumbach

Mitwirkende:
Ermarth, Seiling, Schreiner,
Brand, Dahlen, Gemmecke,
Graf, Herz, Hiert, Höder,
Gospach, Just, D. Kienjcherf,
G. Kienjcherf, Moebke,
Kühne, Lütber, Rehner,
Müller, Prüter, Schulze,
v. d. Trend, Grimm, G.
Müller, Nagel, Nivinius,
Seibert, Windemann

Anfang 19 Ende geg. 22
Preise A (0,70—5 RM)
Fr. 19. 6. Die geliebte
Stimme. Sa. 20. 6. Zu
kleinen Preisen: Der lustige
Krieg. So. 21. 6. Neu ein-
studiert: Boris Godunow.
Im Konserthaus: Keine
Vorstellung.

**Wir werben
für Sie!**

Öffentliche Sparkasse Aulflodj

(mit Gemeindebürgerschaft)

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
1. Kasseebestand	14 290,05	1. Sparteinlagen	659 728,42
2. Guthaben bei Banken und Postsparkamt	1 467,48	2. Giro- und Kontoforrenteinlagen	65 320,22
3. Darlehen auf Hypotheken	577 362,27	3. Aufwertungs-Sparteinlagen	45 134,36
4. Darlehen auf Schuld-schein gegen Bürgschaft	145 965,20	4. Anlehenskapitalien	84 181,80
5. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	117 930,40	5. Aufwertungs-fonds	14 461,22
6. Aufwertungsfordernngen	63 066,41	6. Rücklagen:	
7. Betriebskapital bei der Bad. Kom. Landesbank Mannheim	21 200,—	a) gesetzl. Reservefonds	56 391,08
8. Einnahmerückstände	9 218,05	b) Sonderrücklage	15 688,—
9. Gerätschaften	1,—	7. Reingewinn vom Jahre 1930	9 597,82
	950 500,86		950 500,86

Rücklageberechnung

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 770 183,— RM Einlagen . . . = 61 614,64 RM
Sie beträgt auf Schluss des Jahres 1930 . . . = 65 988,84 RM
Somit verfügbarer Überschuß . . . = 4 374,20 RM

Aulflodj, den 6. Juni 1931. R. 516
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baust, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Pfister.